

PRESSEMITTEILUNG

Bund will 44 Millionen an den Jüngsten sparen: Konferenz der Landesjugendringe warnt vor Kürzungen

Gegen drohende Kürzungen von 44,6 Millionen Euro im Kinder- und Jugendplan des Bundes haben sich Vertreter*innen aus den 16 Landesjugendringen in Deutschland im Rahmen ihrer Konferenz in Berlin positioniert.

„Die geplanten Kürzungen des Kinder- und Jugendplans sind eine Katastrophe für Kinder und Jugendliche. Sie wachsen heute in Krisenzeiten auf. Junge Menschen brauchen eher mehr Angebote der Demokratiebildung und Freiräume, um sich für die Gesellschaft engagieren zu können. Das setzen die drohenden Kürzungen aufs Spiel“, sagte Eva Adams, stellvertretende Vorsitzende des Landesjugendring Berlin im Rahmen der Konferenz der Landesjugendringe. Zweimal im Jahr kommen bei der Konferenz Vertreter*innen der Landesjugendringe aus allen 16 Bundesländern zusammen. Treffpunkt war in diesem Jahr Berlin.

Am 20. September 2023 berät der Familienausschuss im Bundestag über Kürzungen um 18,6 Prozent für die Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland. Es ist der Weltkindertag. Betroffen ist der Kinder- und Jugendplan, das zentrale Förderinstrument der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Die drastischen Kürzungen würden zu knappen Kassen bei Jugendeinrichtungen und zu weniger Angeboten für junge Menschen führen. Viele Jugendclubs würden die Kürzungen nicht überstehen, es gäbe weniger Freiräume, weniger Angebote zu politischer Bildung und weniger Partizipation für Millionen junge Menschen in Deutschland, befürchten die Landesjugendringe.

Wendelin Haag, Vorsitzender des Bundesjugendrings, warnte im Rahmen der Konferenz: „Seit Jahren berücksichtigt die Bundesregierung nicht die gestiegenen Kosten und Aufgaben der Jugendarbeit und Jugendhilfe. Weitere Kürzungen führen zu einem Kahlschlag, der überall spürbar sein wird.“ Mario Machalett, Vorsitzender des Hessischen Jugendrings, ergänzte: „Am Ende wird bei den Kindern und Jugendlichen ankommen, dass Freizeiten und internationale Jugendbegegnungen ausfallen. Ebenso wären wichtige Formate der politischen Bildung gefährdet, weil sie nicht mehr finanziert werden können. Kinder und Jugendliche werden mal wieder von der Politik übersehen. Ich halte dies auch mit Blick auf ehrenamtliches Engagement junger Menschen für ein fatales Signal.“

Gegen die drohenden Kürzungen gehen heute Jugendverbände und zahlreiche weitere Organisationen der Jugendarbeit in Berlin auf die Straße. Start der Demonstration, die ein Bündnis um den Bundesjugendring organisiert, ist um 10:30 Uhr am Hauptbahnhof. Sie führt über das Regierungsviertel zum Potsdamer Platz.